



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 27. Ratssitzung vom 14. Dezember 2022

1145. 2022/438

Weisung vom 14.09.2022:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2023**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2023 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2023 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 71 109 900.– für das städtische Lohnsystem (SLS) und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2023 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2023 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Die Aufzählung im Anhang der Globalbudgetverordnung vom 12. Januar 2022 (AS 611.102) wird per 1. Januar 2023 wie folgt geändert:
 - a. Die Organisationseinheiten «Pflegezentren (3020)» und «Alterszentren (3026)» werden gestrichen und durch «Gesundheitszentren für das Alter (3025)» ersetzt.
 - b. Die Organisationseinheiten «Stadtpital Waid (3030)» und «Stadtpital Triemli (3035)» werden gestrichen und durch «Stadtpital Zürich (3035)» ersetzt.
5. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen und damit der Betriebsbeitrag 2023 der Stadt für den städtischen Leistungsbereich beschlossen.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Budget der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2023 wird genehmigt.
9. Das Budget der Stiftung Einfach Wohnen für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.



2 / 16

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2023, Vorlage des Stadtrats vom 14.09.2022
- Produktgruppen-Globalbudgets, Vorlage des Stadtrats vom 14.09.2022
- Novemberbrief vom 02.11.2022
- Zuschrift des Stadtrats vom 30.11.2022 bzgl. Übergangswohnsiedlung Hardturm, Nachtrag zum Budget 2023
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 05.12.2022
- Anträge der RPK vom 05.12.2022, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Florian Utz (SP)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1138/2022–1144/2022)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2022/437, Beschluss-Nr. 1137/2022.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

Florian Utz (SP): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist der Meinung, dass der Stadtrat insgesamt ein gutes und vernünftiges Budget vorgelegt hat. Im Detail wird es von den verschiedenen Parteien Anträge geben, bei denen wir in einzelnen Punkten vom Antrag des Stadtrats abweichen möchten. Aus unserer Sicht ist es insgesamt aber ein gutes und vernünftiges Budget, mit dem man arbeiten kann. Die verschiedenen Parteien werden versuchen, in ihrem Sinn und aus ihrer Sicht das Budget zu verbessern – die GLP eher beim Steuerfuss, die SP eher beim Wohnbau, andere Parteien bei anderen Punkten. Die SP wird dem Budget auch in der Schlussabstimmung zustimmen, unabhängig davon, wie die Detailanträge ausgehen.

Johann Widmer (SVP): Das Budget wird laufend vergrössert, obwohl die Bevölkerungszahl nicht zunimmt. Das ist ein klares Zeichen einer zunehmenden Ineffizienz seitens der Stadt. Die Energiediskussion beim Finanz- und Aufgabenplan (FAP) zeigte symptomatisch, wo das Geld verschleudert wird. Statt effiziente Energiekonzepte zu verfolgen, rennt man einer Ideologie nach, die unglaublich viel kostet. Der Tagesschule liegt ein Volksentscheid zugrunde. Wenn ich aber höre, dass die Betreuung dauernd zunehmen soll und permanent mehr Stellen geschaffen werden, ist es ebenfalls ein Zeichen, dass es an Effizienz mangelt. Anstatt dauerhaft mehr Stellen zu fordern, sollten die linken Schulpräsidenten mit den vorhandenen Mitteln das Maximum herausholen. Die Beurteilung der Bonität durch S&P Global mag zwar gut ausgefallen sein und die optimistische Beurteilung des Stadtrats basiert offensichtlich auf diesem Report. Im



Kleingedruckten gibt es aber auch noch ein Kapitel «Downside Scenario», das nicht berücksichtigt wurde. Wenn die Schulden weiter zunehmen, wird sich das Rating verschlechtern. Ebenso wird Finanzdisziplin gefordert. Das aktuelle Budget zeugt nicht gerade von Finanzdisziplin. Mit dem Verhalten des Stadtrats und des Gemeinderats, die diese Finanzdisziplin dauernd torpedieren, wird das Rating stark gefährdet, was sich negativ auf die Kreditwürdigkeit der Stadt auswirken wird. Man wird sehen, was es heisst, wenn die Kreditwürdigkeit der Stadt negativ bewertet wird. Wir lehnen das Budget ab.

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): *Die FDP wird das Budget voraussichtlich ebenfalls ablehnen. Wir waren der Meinung, dass man es mit FDP-Anträgen entsprechend korrigieren kann. Unsere Anträge werden jedoch vermutlich nicht durchkommen. Insbesondere die linke Gemeinderatsmehrheit hat noch die Gelegenheit, sich zu besinnen und unsere Anträge zu unterstützen. Wenn unsere Anträge – vor allem betreffend unnötigen Investitionen in Wohnraum mit Kapitalkäufen und unsere pauschalen Streichungsanträge bei nicht besetzten Stellen – eine Mehrheit finden und sich das Budget verbessern sollte, würden wir dem Budget 2023 zustimmen. Wir behalten uns aber vor, es vermutlich ablehnen zu müssen.*

Florian Utz (SP): *Das Thema Wohnen ist für die SP-Fraktion auch im Zusammenhang mit dem Budget ein relevanter und wichtiger Punkt. Es ist nicht der einzige Punkt – auch zahlreiche andere Themen sind uns wichtig, wie insbesondere die Tagesschulen. Dort haben wir verschiedene Anträge eingereicht. Wir haben auch einen Antrag zur «Wintermantelzulage» eingereicht und fordern eine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Ebenfalls wichtig ist der Antrag bei der Entwicklungszusammenarbeit bezüglich der Nothilfe für die Ukraine. Zudem haben wir Anträge zum Ausbau der Solarenergie und auch einen wichtigen Antrag zum Thema Veloinfrastruktur eingereicht. Das Wohnen bleibt aber ein Thema, das für Zürcherinnen und Zürcher zu grossen finanziellen Belastungen führt. Wie erwähnt, verursacht jede einzelne Wohnung, die gewinnorientiert statt gemeinnützig entsteht, über 18 000 Franken mehr Kosten. Was heisst das für die Gesamtbevölkerung und finanziell für die Stadt? Wenn wir das Drittelsziel erreichen könnten – eine Zunahme von 7 Prozent zusätzlichen gemeinnützigen Wohnungen gegenüber dem heutigen Stand –, sprächen wir bei einem Gesamtwohnungsbestand von 200 000 Wohnungen von rund 14 000 Wohnungen. Wenn diese 14 000 Wohnungen pro Jahr 18 000 Franken weniger kosten würden, würde das heissen, dass die Zürcher Bevölkerung insgesamt ungefähr 252 Millionen Franken sparen könnte. In dieser Berechnung ist noch nicht berücksichtigt, dass die quartier- oder ortsübliche Miete, die auch bei den gewinnorientierten Wohnungen ein wichtiger Vergleichsmaßstab ist, sinkt, wenn es mehr bezahlbare Wohnungen und tiefere Mieten gibt. Wenn uns hier ein Durchbruch gelingen würde, hätten wir sogar eine preisdämpfende Wirkung, die noch nicht miteinberechnet ist. Wenn wir eine Viertelmilliarde Franken Ersparnisse ermöglichen können, profitiert nicht nur die Bevölkerung, sondern auch das Gewerbe. Wenn die Bevölkerung mehr Kaufkraft hat, gibt sie mehr Geld für Kultur, Restaurantbesuche oder Kinobesuche aus, für den lokalen Lebensmittelhändler, für die Bio-Metzgerei und für den*



lokalen Handwerker. Wir sichern und schaffen damit Arbeitsplätze. Dadurch generieren wir nicht zuletzt auch mehr Steuereinnahmen. Wir begrüssen es deshalb sehr, dass der Stadtrat – vermutlich zum ersten Mal seit Jahren oder zumindest seit ich im Gemeinderat bin – diesmal ein Budget vorlegt, das beim Wohnbau grosse Schritte nach vorne macht. Wir begrüssen selbstverständlich den Wohnraumfonds und ebenso die budgetierten 400 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe. Auch wenn man diese Ausgaben erst einmal tätigen und entsprechende Anlageobjekte haben muss, ist es eine klare Ansage für einen grossen Schritt nach vorne. Weniger glücklich sind wir damit, dass der Stadtrat bei den Abschreibungsbeiträgen einen Schritt zurück macht. Deshalb haben wir dort Anträge gestellt und hoffen, dass wir ein Budget haben werden, das einen grossen Schritt in Richtung einer substanziellen Entlastung der Bevölkerung machen kann.

Martina Zürcher (FDP): Die Kalkulationen von Florian Utz (SP) sind aus meiner Sicht sehr einseitig. Er sagte, dass die gewinnorientierten Mieten deutlich teurer seien, als die gemeinnützigen. Das ist klar, denn die gewinnorientierten Mieten müssen nicht nur die günstigen gemeinnützigen Mieten mitfinanzieren, sondern zum Beispiel auch die Pensionskassen. Der nächste Überlegungsfehler: Wenn man mehr Wohnungen in der Stadt Zürich günstiger macht, wohnen nicht einfach alle 440 000 Zürcherinnen und Zürcher günstiger, sondern man konkurriert auch mit den Mieten in den umliegenden Gemeinden. In den vierzehn direkt an die Stadt angrenzenden Gemeinden wohnen über 200 000 Personen. Wenn Wohnungen in der Stadt plötzlich günstiger sind als in Wallisellen, Kilchberg oder Oberengstringen, gibt es wieder mehr Personen, die sich für die Wohnungen in der Stadt bewerben und dadurch mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Mietlotterie. Ebenfalls gilt es zu bedenken, dass gemeinnützige Wohnungen von günstigerem Land profitieren und eine gemeinnützige Stiftung eigentlich keine Steuern bezahlt. Es ist eine sehr einseitige Kalkulation, die man so nicht stehen lassen kann.

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir werden einige Teilanträge beim Antrag 1 zurückziehen. Es handelt sich um den Antrag für die Eigenwirtschaftsbetriebe ERZ Abwasser, ERZ Abfall, ERZ Fernwärme, ERZ Stadtreinigung, für die Wasserversorgung (WVZ) sowie die Verkehrsbetriebe (VBZ). Zudem gehen wir auf das Anliegen von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) ein und werden den Kürzungsantrag zurückziehen. Insgesamt fordern wir noch eine Budgetverbesserung von 8 300 400 Franken. Wir sind der Meinung, dass man bei den budgetierten 115,7 Millionen Franken für externe Berater, Gutachter und Fachexperten über das Ziel hinausgeschossen ist. Bei einem Berater kann man mit einem Tagesansatz von durchschnittlich 1500 Franken rechnen. Das würde 77 108 Personentage oder umgerechnet 338 Vollzeitstellen ergeben. Rechnet man diese zu den neu geforderten 375,7 Stellenwerten im Budget dazu, ergäbe dies insgesamt über 700 neue Stellen. Dazu kommt: In der Rechnung 2019 hatten wir auf diesen Kontostellen einen Betrag von



73,3 Millionen Franken. Im Budget 2023 werden mittlerweile 115,7 Millionen Franken gefordert. Dies entspricht einer Steigerung von 36 Prozent in nur vier Jahren. Ich werde nachfolgend einige Punkte nennen, bei denen wir der Meinung sind, dass die linke Hand nicht weiss, was die rechte tut. Als Beispiel wäre das Bevölkerungsamt zu nennen, dessen Budget 13,5 Mal höher ist als der Betrag aus der Rechnung 2019. Beim Bevölkerungsamt ist etwa die Position Beratung für das Krematorium Nordheim enthalten. Im Investitionsantrag von Immobilien Stadt Zürich (IMMO) findet man Projektkosten von 240 000 Franken für dasselbe Objekt. Ich frage mich, ob das eine Departement tatsächlich nicht weiss, was das andere tut. Als weiteres Beispiel könnte die Gastronomie im Finanzdepartement genannt werden, wo sich die Kosten seit der Rechnung 2021 um das Dreifache gesteigert haben und nun bei 300 000 Franken liegen. Es handelt sich um grosse Positionen wie zum Beispiel das Restaurant Degenried mit 50 000 Franken. Der Geschäftsführer antwortete mir, er wisse von nichts, ausser dass das Gebäude renovationsbedürftig sei. Ich frage mich, warum man es nicht als Investitionsprojekt einstellt und warum man vorher 50 000 Franken für externe Berater ausgibt, die nicht in das Projekt eingebunden sind. Der Spitzenreiter jedoch ist das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD). Die Rechnung 2019 lag bei knapp 400 000 Franken. Nun wird ein Budget von 1,6 Millionen Franken beantragt – das kommt einer Vervierfachung gleich. Ein weiterer Spitzenreiter ist die Züri City Card mit einer beantragten Summe von 600 000 Franken, wovon die Hälfte an externe Berater fliessen soll. Wir sind der Meinung, dass in diesen Bereichen Optimierungspotenzial besteht. Es handelt sich um eine Position, die vergleichsweise viele Reserven enthält. Deshalb fordern wir eine Kürzung um 8,4 Millionen Franken, was einer Gesamtbudgetreduktion von lediglich 7 Prozent entspricht.

Felix Moser (Grüne): Die Tabellenanträge haben immer auch etwas Willkürliches an sich. Natürlich kann man auf diese Art ein Zeichen setzen, dass man Kosten für überhöht hält und dass eine Kürzung auf eine einfache Art erfolgen muss: Man interessiert sich nicht genau dafür, was konkret gekürzt werden soll. So geht die FDP vor. Von den rund 50 Konten, bei denen die FDP die Mittel für externe Berater und dergleichen kürzen will, wurden in der RPK zu 15 Konten Fragen gestellt. Mit anderen Worten steht bei 35 Konten nicht genau fest, was gestrichen werden soll. Man kann Vermutungen anstellen oder sich anhand von Fragen aus dem Vorjahr ein Bild machen. Bei den vorhin erwähnten kurzfristigen Änderungen kann ich nicht nachvollziehen, wie die FDP dazu kam. Eigenwirtschaftsbetriebe wären zum Beispiel auch Wohnen und Gewerbe sowie Gastronomie. Die Stadtreinigung hingegen ist ziemlich sicher kein Eigenwirtschaftsbetrieb. Ich wüsste nicht, woher sie ihre Einnahmen hätte. Man müsste alles ausführlicher betrachten, bevor man solche Anträge stellt und verändert. Beim Konto Umwelt- und Gesundheitsschutz hat mich die Budgetierung besonders interessiert. Ungefähr die Hälfte der budgetierten Gelder ist für Massnahmen im Rahmen von Netto-Null und Klimaschutz vorgesehen. In diesem Bereich ist es durchaus sinnvoll, Aufträge extern zu vergeben. Man muss nicht für jede Aufgabe neue Stellen schaffen. So braucht es zum Beispiel für das Förderprogramm Heizungsersatz oder für das Energiecoaching, dem auch die FDP zugestimmt hat, externe Fachpersonen. Man könnte weitere Konten analysieren und Beispiele nennen. Aber man sieht bereits an einem einzigen Beispiel, dass ein solcher Tabellenantrag heikel ist. Bei einer Streichung der Gelder würden der Zürcher Wirtschaft und diversen



kleinen und mittleren Unternehmen als Nebeneffekt entsprechende Aufträge verloren gehen. Wenn die FDP wirklich der Meinung ist, dass man mit solchen Tabellenanträgen das Budget steuern kann, müsste man sich grundsätzlich einmal überlegen, ob man die städtische Budgetierung auf Globalbudgets umstellen möchte. Dann hätte man eine andere Diskussionsgrundlage, über die man aber nicht im Rahmen der aktuellen Budgetdebatte diskutieren sollte. Die Mehrheit der RPK hält den Kürzungsantrag für zu wenig durchdacht und lehnt ihn deshalb ab, weil nicht genau bekannt ist, bei welchen Aufträgen der Stadtrat konkret sparen müsste und für welche Aufgaben weniger Geld zur Verfügung stünde.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Die GLP war bei diesem Kürzungsantrag bisher in der Enthaltung, weil dieser Rundumschlag verhältnismässig spät kam. Wir haben in den Voten bereits gehört, warum der Antrag nicht sauber ausgearbeitet ist und man ihm nicht zustimmen kann. Normalerweise sind wir offen für Tabellenanträge. Man sollte sich dann aber auch die entsprechende Zeit nehmen und alles sauber ausarbeiten. Dies war hier leider nicht der Fall. Wir lehnen den Kürzungsantrag deshalb ab.*

Dr. Florian Blättler (SP): *Die weit über 100 Millionen Franken auf dem Konto 3132 sind auch aus meiner Sicht mehr als nur ein Ärgernis, ebenso wie das Wachstum und das mehr als doppelt so hoch alimentierte Konto 3130 «Dienstleistungen Dritter». Die Stadt sollte mehr selber erledigen können. Es handelt sich hier jedoch um einen «Rasenmäher-Antrag» über alle Dienstabteilungen hinweg, ohne dass man die Folgen des Antrags im Einzelfall abschätzen kann. Selbst wenn man der FDP einen gewissen Goodwill entgegenbringt und ihr glaubt, dass sie nachhaltig eine Veränderung anstrebt und sparen möchte, pervertiert sie ihren eigenen Antrag, indem sie Eigenwirtschaftsbetriebe entfernt, und dies nicht einmal konsequent. Nur weil es sich um Eigenwirtschaftsbetriebe handelt, heisst das nicht, dass sie nichts mit der Stadt zu tun haben. Im Gegenteil: Diese Betriebe finanzieren sich über Gebühreneinnahmen, die für die meisten Menschen in dieser Stadt eine grössere Belastung als die Steuern darstellen. Es geht der FDP lediglich um die Verschönerung ihrer Fetischzahl Gewinn respektive Verlust. Alles andere wird ignoriert, auch, dass dabei genau jene Dienstabteilungen bestraft werden, die ihren Auftrag zur Ausgabensenkung in der Vergangenheit wahrgenommen und dort gespart haben, wo es möglich ist. Diese müssten nun zusätzlich sparen, wo es nicht mehr möglich ist. Wir lehnen den Antrag ab.*

Cathrine Pauli (FDP): *In Bezug auf die Voten meiner Vorredner der linken Ratsseite möchte ich nochmals klarstellen, dass es beim vorliegenden Antrag nicht um eine massive Budgetreduktion geht, sondern um eine Reduktion von durchschnittlich 7 Prozent. Wir haben gewisse Anträge zurückgezogen. Die LSZ beispielsweise hat uns auf den tabellarischen Antrag geantwortet und eine gute Begründung geliefert. Die Abteilungen der übrigen Detailkonten haben nicht reagiert. Ich habe die Antworten der Detailkonten genau gelesen. Es geht uns bei diesem Antrag um eine gewisse Kostendisziplin. Es kann*



nicht sein, dass man ein Konto innerhalb von vier Jahren um einen Drittel erhöht. Das ist ein Zeichen einer laschen Finanzpolitik, die die FDP in dieser Form nicht mittragen kann.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
		8 700 400		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				Enthaltung	Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung: Reduktion um 10 %; Ausnahmen: «1005 Gemeinderat»: Reduktion auf Budget 2022, «2021 Liegenschaften Stadt Zürich»: 2019–2021 Verbesserung von Budget zu Resultat um mind. Fr. 420 000, klare Reserveposition, «3000 Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat»: durch Priorisierung ist keine Erhöhung des Budgets im Vergleich zu 2022 nötig und «5010 Schulamt»: 2019–2021 Verbesserung von Budget zu Resultat um mind. Fr. 430 000, klare Reserveposition; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	350 000	0	37 000	313 000
1020	Stadtkanzlei	1 059 000	0	105 900	953 100
1035	Datenschutzbeauftragte/r	34 200	0	3 400	30 800
1070	Stadtamtsfrau-/Stadtammann- und Betreuungssämer	25 100	0	2 500	22 600
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichterämter	94 000	0	9 400	84 600
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	608 500	0	60 900	547 600
1505	Stadtentwicklung	660 000	0	66 000	594 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	44 000	0	4 400	39 600
1510	Kultur	699 000	0	69 900	629 100
1530	Bevölkerungsamt	644 000	0	64 400	579 600
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	384 000	0	38 400	345 600
1565	Stadtarchiv	100 000	0	10 000	90 000
1575	Statistik Stadt Zürich	60 000	0	6 000	54 000



2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	180 000	0	18 000	162 000
2015	Finanzverwaltung	597 000	0	59 700	537 300
2034	Wohnen und Gewerbe	2 455 500	0	245 600	2 209 900
2035	Gastronomie	293 600	0	29 400	264 200
2036	Parkierungsbauten	75 000	0	7 500	67 500
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz	36 000	0	3 600	32 400
2080	Organisation und Informatik	36 386 000	0	3 638 600	32 747 400
2500	Sicherheitsdepartement Departementssekretariat	121 900	0	12 200	109 700
2520	Stadtpolizei	3 255 300	0	325 500	2 929 800
2525	Stadtrichteramt	337 500	53 900	39 100	352 300
2550	Schutz & Rettung	1 272 500	0	127 300	1 145 200
2555	Dienstabteilung Verkehr	20 000	0	2 000	18 000
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	1 555 300	0	200 000	1 355 300
3010	Städtische Gesundheitsdienste	1 428 600	0	142 900	1 285 700
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	6 638 500	0	663 900	5 974 600
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	357 300	0	35 700	321 600
3501	Fonds des überkommunalen Strassennetzes	100 000	0	10 000	90 000
3515	Tiefbauamt	6 194 000	115 000	630 900	5 678 100
4000	Hochbaudepartement Departementssekretariat	2 435 700	0	243 600	2 192 100
4015	Amt für Städtebau	3 500 000	0	350 000	3 150 000
4020	Amt für Hochbauten	610 000	0	61 000	549 000
4035	Amt für Baubewilligungen	136 500	0	13 700	122 800
4040	Immobilien Stadt Zürich	885 000	0	88 500	796 500
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	1 400 000	0	140 000	1 260 000
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	298 600	0	29 900	268 700
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000	0	1 000	9 000
5010	Schulamt	1 642 600	0	350 000	1 292 600
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 000	0	3 200	28 800
5050	Schulgesundheitsdienste	49 000	0	4 900	44 100
5063	Fachschule Viventa	56 200	0	5 600	50 600
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	645 200	0	64 500	580 700
5510	Support Sozialdepartement	312 000	0	31 200	280 800
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	304 000	0	30 400	273 600
5520	Laufbahnzentrum	75 000	0	7 500	67 500
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	900 000	0	90 000	810 000
5550	Soziale Dienste	486 000	0	48 600	437 400
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	666 700	0	66 700	600 000
	Total	80 510 300	168 900	8 300 400	72 378 800



Cathrine Pauli (FDP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 8 300 400 Franken und damit die Streichung der Institutionen «2021 Liegenschaften Stadt Zürich », «3535 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser», «3550 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall», «3555 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme», «3560 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung», «4525 Wasserversorgung» und «4540 Verkehrsbetriebe» aus der Tabelle.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 002.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Dr. Florian Blättler (SP): *In der Stadt bleiben jedes Jahr mehrere hundert Stellen unbesetzt. Nicht, weil man diese Stellen nicht benötigen würde, sondern weil sie nicht sofort besetzt werden können. Ein Budget sollte möglichst gut die Realität abbilden. Wir beantragen deshalb eine pauschale Kürzung um 10 Millionen Franken. Ich möchte nochmals betonen, dass es nicht darum geht, dass Stellen nicht besetzt werden, die besetzt werden müssen, sondern dass das Budget die Realität besser abbilden sollte.*

Cathrine Pauli (FDP): *Wir stellen den Antrag für eine Budgetverbesserung von 50 Millionen Franken. Der erste Bereich betrifft die per Ende 2022 unbesetzten Stellen. Der zweite Bereich betrifft die neuen Stellen für das Jahr 2023. Per Ende November 2022 gab es insgesamt 770 unbesetzte Stellen. Wenn man annimmt, dass die Kosten für Verwaltungsangestellte durchschnittlich bei 125 000 Franken liegen und für ein Jahr berechnet werden, sprechen wir von Personalsummen von 90 Millionen Franken. Gleichzeitig konnten wir feststellen, dass die Stadtverwaltung in den Rechnungen der Jahre 2019 bis 2021 folgende Verbesserungen bei den Lohnkosten im Vergleich zum Budget vornehmen konnte: Im Jahr 2019 waren es 17,5 Millionen Franken, im Jahr 2020 waren es 29,1 Millionen Franken und im Jahr 2021 waren es 23,7 Millionen Franken. Wenn man die Lohnnebenkosten von 25 Prozent dazurechnet, sprechen wir beim Jahr 2021 von Einsparungen von rund 30 Millionen Franken. Wir haben momentan im Vergleich zu anderen Jahren einen Rekord an offenen Stellen. Wir gehen deshalb davon aus, dass im Budget 2023 ein Abzug von rund 30 bis 38 Millionen Franken für die Gesamtpersonalkosten möglich sein sollte. In den letzten Jahren argumentierte der Stadtrat stets, das Stellenwachstum sei an die Stadtbevölkerung und zusätzliche Aufgaben gekoppelt. Die Stadt wächst jedoch nicht. Im September 2022 zählte die Wohnbevölkerung in der Stadt*



442 167 Personen. Im Budget wird von 449 900 Personen gesprochen, also gerade mal 7733 Personen mehr. Vermutlich haben wir diese Zahl bald erreicht. Aktuellere Zahlen liegen nicht vor. Man kann somit sagen, dass die Stadt nicht mehr wächst. Trotzdem sollen zusätzliche 375,7 Stellenwerte geschaffen werden. Wir sind der Meinung, dass ein Teil der neuen Stellen optimiert werden könnte, über natürliche Fluktuationen von Mitarbeitenden oder mit einem roten Stift, um gewisse Stellen nicht umzusetzen. Wir sind der Meinung, dass Einsparungen in der Höhe von 13 Millionen Franken möglich sind. Auf den budgetierten Personalaufwand in der Höhe von 3,3 Milliarden Franken gesehen machen die 13 Millionen Franken bloss 0,3 Prozent aus. Mit diesen zwei Kostenblöcken sollte eine Budgetverbesserung von 50 Millionen Franken möglich sein.

Felix Moser (Grüne): Bei einem Konzern mit rund 30 000 Stellen – wie es bei der Stadt der Fall ist – ist es durchaus normal, dass es Stellen gibt, die nicht besetzt sind. Aktuell sind es je nach Stichpunkt 700 bis 800 Stellen. Einige Stellen sind nicht besetzt, weil schlicht kein Personal gefunden werden konnte, so etwa bei der Stadtpolizei, im Pflegebereich, bei diversen Fachkräften in den Betrieben oder auch bei den VBZ. Vielleicht ist manchmal auch die eine oder andere Stelle nicht besetzt, weil sie gerade nicht benötigt wird. Die Minderheit 2 ist der Meinung, dass es nicht darum geht, Stellen zu kürzen. Wir verstehen den Antrag so, dass man einfach etwas Luft aus dem Budget lassen wollte. Man kann sich durchaus fragen, was der Budgetwahrheit näher kommt: Alle möglichen bewilligten Stellen auch voll zu budgetieren, weil sie theoretisch besetzt werden könnten, oder einen Abzug vorzunehmen, weil sowieso nie alle Stellen besetzt sein werden. Letzteres trifft in der Tat zu und wird durch die Zahlen der letzten Jahre belegt. Wir sind jedoch der Meinung, dass für Stellen, die gemäss Stellenplan existieren, auch finanzielle Mittel hinterlegt werden sollten. Dienstabteilungen müssen die Mittel für jene Stellen, die sie benötigen, budgetieren, sonst können sie die Stellen gar nicht ausschreiben. Im Sinne der Budgetwahrheit soll dem Antrag des Stadtrats zugestimmt werden.

S. 122		10 1060 3010 00 203		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug nicht besetzte Stellen		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
002.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit 2	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL)
		10 000 000		-10 000 000	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		50 000 000		-50 000 000	Minderheit 1	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)



Begründung: Mehrheit: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen
Minderheit 1: Per 30.11.2022 gibt es 717 unbesetzte Stellen. Im Budget sollen 308 neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es so über 1000 unbesetzte Stellen per Jahresanfang 2023 geben. Dies gibt Raum für einen Pauschalabzug von Fr. 50 Mio.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	26 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-10 000 000)	60 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-50 000 000)	<u>33 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT

Antrag 003.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Islam Alijaj (SP): Menschen mit Behinderungen werden bei Projektierungen in der Verwaltung und auch anderswo immer wieder vergessen. Dies ist eine Tatsache. Die zwei Beauftragten für Menschen mit Behinderungen beim Präsidialdepartement leisten wertvolle Arbeit, damit Menschen mit Behinderungen nicht vergessen gehen. Mit den bisherigen 90 Stellenprozenten kommen die Beauftragten aber auf keinen grünen Zweig, deshalb haben sie einen Antrag für eine Erhöhung auf 160 Stellenprozente formuliert. Doch auch dies wird nicht ausreichen, um die wichtige Sensibilisierungs- und Beratungsarbeit in der Verwaltung leisten zu können. Deshalb stellt die SP den Antrag, den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen insgesamt 200 Stellenprozente zur Verfügung zu stellen. Dadurch können sie sich so aufstellen, dass sie zu dritt arbeiten können. Die 200 Stellenprozente könnten auf zwei Stellen mit 80 Prozent und eine Stelle mit 40 Prozent aufgeteilt werden oder auf eine Stelle mit 80 Prozent und zwei mit je 60 Prozent. Wichtig ist aus meiner Sicht vor allem, dass ab dem Jahr 2023 insgesamt drei Personen und mehrheitlich Personen mit einer Behinderung eingesetzt werden. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass es in der Sensibilisierungs- und Beratungsarbeit wichtig ist, dass man selber eine Behinderung hat. Ich bin überzeugt, dass mit den 200 Stellenprozenten eine gute Ausgangslage geschaffen würde, um die Sicht von Menschen mit Behinderungen bei der Projektierung und bei der generellen Arbeit in der



Verwaltung mitzudenken. Nur so kann die Stadt inklusiv gestaltet werden. Letztendlich sprechen wir bei diesem Antrag von einem sehr kleinen Betrag im Vergleich zum gesamten Budget, mit dem wir aber sehr viel bewirken.

Markus Haselbach (Die Mitte): Der Stadtrat schlägt bei den Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung eine Erhöhung von 0,9 auf 1,6 Stellen vor. Mit dieser Aufstockung werden verschiedene verwaltungsinterne Ziele verfolgt: Eine bessere Deckung der Nachfrage nach Beratung und Begleitung von Projekten; Einsatz der Beauftragten in Arbeitsgruppen und Gremien; Erarbeitung und Zurverfügungstellung von Informationen beispielsweise im Intranet; Planung und Durchführung von abteilungsübergreifenden Projekten wie zum Beispiel Sensibilisierungs- oder Schulungsangeboten. Weiter soll eine genauere Überprüfung von politischen Geschäften stattfinden, wodurch die Anliegen von Menschen mit Behinderung früher eingebracht werden sollen. Weitere Punkte sind die selbstständige Durchführung von Workshops, ohne wie bisher auf externe Moderation angewiesen zu sein, und die Stellvertretung der Stellenpartnerin bei Abwesenheiten. Die regelmässige Aktualisierung von Informationen, vor allem über Webportale, und das Wahrnehmen von Repräsentationsaufgaben aufgrund von Anfragen sind externe Ziele. Mit den vom Stadtrat vorgeschlagenen 1,6 Stellen soll das gesamte Spektrum an Bedürfnissen abgedeckt werden. Aus Sicht der Mitte/EVP-Fraktion ist eine weitere Aufstockung nicht nötig. Wir unterstützen den Vorschlag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Beim erwähnten Budget fand eine Erhöhung von 0,9 auf 1,6 Stellen statt. Wir sind der Meinung, dass man vorerst einmal beobachten kann, wie es sich weiterentwickelt. Es geht hier nicht um einen Kürzungsantrag, sondern darum, dass wir den weiteren Stellenausbau gemäss Vorschlag des Stadtrats als ausreichend erachten. Dieselbe Meinung vertreten wir auch bei den Anträgen 4 bis 6.

S. 130		15 1500 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Präsidentialdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat				3 367 100	Minderheit Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				70 000	3 437 100	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP)



13 / 16

Begründung: Erhöhung von 1,6 auf 2,0 Stellen bei Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 004. bis 006.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Islam Alijaj (SP): *Damit die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ihre Arbeit gut ausführen können, benötigen sie ein gewisses Budget. Im Moment ist ein Budget von 50 000 Franken für Projekte vorhanden, inklusive externer Beratungen und Dienstleistungen Dritter. Weil das Thema Behinderungen und Inklusion sehr komplex ist und man nicht alles wissen kann, ist es wichtig, auch das Fachwissen von Expertinnen in eigener Sache, also Selbstvertreterinnen, in die Arbeit einzubinden. Damit man in der Verwaltung ab dem Jahr 2023 in der Inklusion Tatsachen schaffen kann, stellen wir den Antrag, das Budget um 150 000 Franken zu erhöhen. Insgesamt würden damit 200 000 Franken zur Verfügung stehen. Auch dieser Betrag fällt im Vergleich zum Gesamtbudget minimal aus und ist zwingend notwendig. Er würde die wichtige Arbeit im Bereich Inklusion erheblich erleichtern. Menschen mit Behinderungen würden nicht mehr einfach vergessen gehen und Projekte könnten gefördert werden.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Ich verweise auf meine Argumentation bei Antrag 3. Der Stadtrat hat die Stellen von 0,9 auf 1,6 erhöht und auch die Budgets entsprechend angepasst. Eine Minderheit der RPK unterstützt den Antrag des Stadtrats.*

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): *Die Grünen befinden sich bei diesem Antrag noch in der Enthaltung. Bei Antrag 3, bei dem es um die Erhöhung der Stellen ging, haben wir dem Antrag der SP zugestimmt. Demzufolge stimmen wir auch bei den Anträgen 4, 5 und 6 einer Erhöhung der Mittel zu. Wenn mehr Personen für diesen Bereich arbeiten, sollten sie auch mehr Mittel zur Verfügung haben. Die Anträge kamen etwas spät. Deshalb haben wir uns zuerst noch nicht entschieden, wechseln nun jedoch zur Mehrheit.*



14 / 16

S. 131	15 1500 3130 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat				98 300	Minderheit
				60 000	158 300	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Erhöhung der Budgetmittel für die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB) von Fr. 50 000 auf Fr. 200 000			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 005.

Wortmeldungen siehe Antrag 004.

S. 131	15 1500 3132 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat				608 500	Minderheit
				70 000	678 500	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)



Begründung: Erhöhung der Budgetmittel für die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB) von Fr. 50 000 auf Fr. 200 000

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht. Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.

Antrag 006.

Wortmeldungen siehe Antrag 004.

S. 131	15 1500 3910 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Interne Verrechnung von Dienstleistungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat			250 900	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
			20 000	270 900	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP)
					Enthaltung	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Erhöhung der Budgetmittel für die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (BGMB) von Fr. 50 000 auf Fr. 200 000			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht. Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.



16 / 16

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat